

Wählergedächtnis im Internet

Mehr Transparenz, aber auch Kritik: OWL-Politiker bei Abgeordnetenwatch

VON SANDRA SPIEKER

■ Bielefeld. Der Mythos des schwer erreichbaren Politikers ist vorbei – spätestens seit Abgeordnetenwatch. Die Internetplattform bezeichnet sich selbst als „virtuelles Wählergedächtnis“. Fragen Sie einfach den Politiker Ihres Vertrauens – nach dem Prinzip will Abgeordnetenwatch für mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung sorgen. Doch nicht bei allen Abgeordneten ist diese Vorgehensweise erwünscht.

Ob zur Abstimmung über den ESM-Rettungsschirm, zum Thema Beschneidung oder zum Straßenbau vor der eigenen Haustür: Bei Abgeordnetenwatch können Bürger Fragen an Politiker verschiedener Parlamente einreichen, die diese dann beantworten – oder es auch sein lassen. Die Abgeordneten von Bundestag, Europäischem Parlament, von vier Landtagen (darunter auch NRW) und mittlerweile auch einiger Kommunen, seit kurzem auch Bielefeld, sind mit einem Profil auf dem Portal vertreten.

Die Fragen an Kommunal- und Landespolitiker aus der Region halten sich noch in Grenzen. Auf der Seite des FDP-Bundestagsabgeordneten Frank Schäffler (Bünde) herrscht ein reger Meinungs Austausch. 62 Fragen sind es bis dato, 47 davon hat er beantwortet. Die Internetseite, so sagt er, sei ein schönes Instrument, um das Verhalten von Politikern sichtbar zu machen. „Ich bekomme dort viele gute Fragen, insbesondere zu meiner ablehnenden Haltung gegenüber der Regierungspolitik bei der Eurokrise“, so Schäffler.

Neben Fragen und Antworten sind bei Abgeordnetenwatch auch berufliche Qualifikationen der Politiker, Mitgliedschaft in Ausschüssen, anzeigepflichtige Nebentätigkeiten sowie das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten bei wichtigen Parlamentsentscheidungen einsehbar. Kein Problem für den Herforder SPD-Bundestagsabgeord-



Wurde oft befragt: Frank Schäffler (FDP).



Sieht kritische Aspekte: Lena Strothmann (CDU).



Lobt die Plattform: Britta Haßelmann (Grüne).



Gibt gerne Antworten: Stefan Schwartze (SPD).

neten Stefan Schwartze (12 Fragen, 12 Antworten): „Die Verantwortlichen sind parteipolitisch unabhängig. Deshalb habe ich stets alle Fragen beantwortet.“ Und das macht er meist auch sehr ausführlich, wie zu sehen ist. Auch Britta Haßelmann,

Grünen-Bundestagsabgeordnete aus Bielefeld (16 Fragen, 14 Antworten), bezeichnet Abgeordnetenwatch als positives Medium. „Jeder kann entscheiden, ob es einem zu weit geht.“

Obwohl er ein Verfechter des Portals ist, weist der Bundestags-

abgeordnete Dirk Becker (SPD; 16 Fragen, 8 Antworten) darauf hin, dass die Plattform keinen direkten Kontakt mit den Wählern und auch keine Bürgersprechstunde ersetzen kann, bei der man auch vertrauliche Angelegenheiten besprechen kann. „Idealerweise gelingt ein initiativer Kontakt, der dann vielleicht im direkten E-Mail-Austausch oder im persönlichen Gespräch fortgesetzt wird“, meint die lippische FDP-Bundestagsabgeordnete Gudrun Kopp. Sie hat alle 21 Fragen beantwortet.

Manche Politiker trauen dem Angebot allerdings nicht über den Weg. Die Bielefelder CDU-Bundestagsabgeordnete Lena Strothmann hat entschieden, sich auf der Plattform nicht aktiv zu beteiligen. „Es haben mich Fragen mit persönlichem Charakter erreicht, deren Beantwortung nicht im öffentlichen Interesse lagen“, schreibt sie auf ihrer Homepage. In diesen Fällen hätte sie per Antwort angeboten, in direkten Kontakt zueinander zu treten. Dieses Angebot sei aber in nur einem Fall wahrgenommen worden. Strothmann kritisiert auch, dass solch private Plattformen nicht fragen würden, ob man teilnehmen möchte. „Das ist keine Transparenz, sondern Erpressung.“

Aus Bürgerinitiative hervorgegangen

■ Am Anfang war das Wahlrecht: 2004 kämpfte die Bürgerinitiative „Mehr Demokratie“ dafür, bei den Kommunalwahlen nach bayerischem Vorbild personalisiert abstimmen zu können: bis zu drei Stimmen für einen Kandidaten sowie die Möglichkeit, gleichzeitig Kandidaten von verschiedenen Parteien wählen zu können. Aber dazu musste man die Kandidaten auch gut kennen. Deswegen riefen die Bürgerinitiativen „Mehr Demokratie“ und „Mehr Bürgerrechte“ eine Internetplattform ins Leben: Abgeordnetenwatch wurde 2004 in Ham-

burg gegründet. Heute kooperiert die Plattform immer noch mit dem Verein „Mehr Demokratie“ und wird von „Bon Venture – Fonds und Stiftung für soziale Verantwortung“ unterstützt. Die Arbeit leistet die Parlamentwatch GmbH – ihre Gewinne fließen nach eigener Darstellung wieder in den Verein Parlamentwatch, Träger von Abgeordnetenwatch.de.

Die GmbH hat 6 feste und 10 bis 15 freie Mitarbeiter. 80 bis 90 Prozent der Bundestagsabgeordneten sollen auf Fragen antworten – vier von fünf Fragen werden laut Abgeord-

netenwatch beantwortet.

Ärger gibt es auch: In Wiesbaden denkt die CDU an eine Klage, da die E-Mail-Adressen ohne Zustimmung der Kommunalpolitiker genutzt werden. Auf Landes- und Bundesebene wird auch das Abstimmungsverhalten dokumentiert, im kommunalen Bereich ist daran zunächst nicht gedacht, so ein Sprecher auf Anfrage – weil die Namen nicht dokumentiert würden.

Nach eigenen Angaben hat das Portal monatlich 400.000 Besucher und ist damit das größte politische Dialogportal Deutschlands.